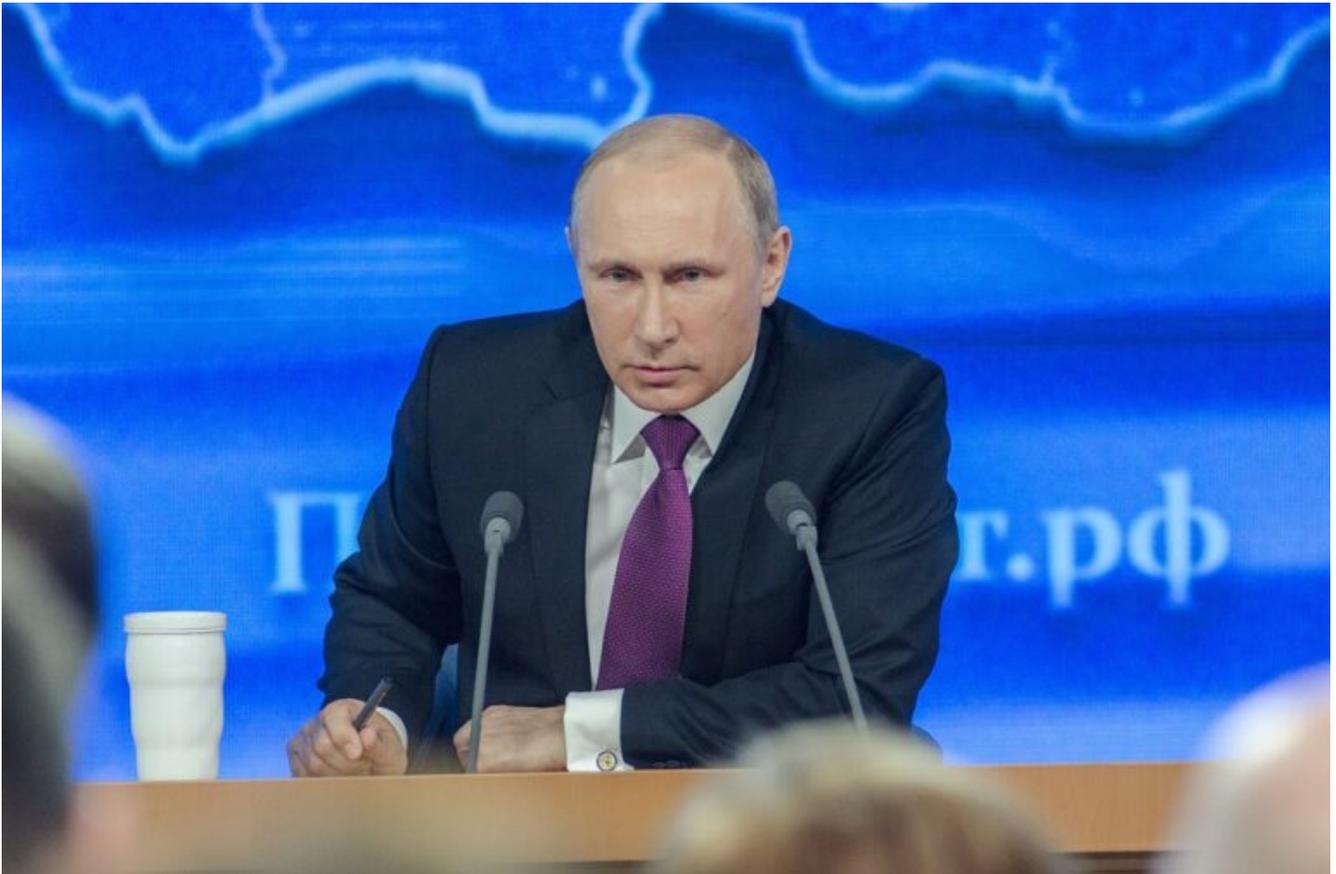


# Putins 20-jähriger Marsch in den Ukraine-Krieg - und die Fehler des Westens...

Autor: Empfohlener Beitrag | 27. April 2022



Anfang November 2021, Monate vor Beginn des Krieges in der Ukraine, reiste CIA-Direktor William Burns nach Moskau, um eine Warnung auszusprechen: Die USA waren der Überzeugung, dass Russlands Präsident Wladimir Putin eine Invasion in der Ukraine vorbereite. Wenn er dies täte, würde er mit schweren Sanktionen des Westens rechnen müssen.

Der amerikanische Spionagechef war über ein gesichertes Kreml-Telefon mit Putin verbunden, der sich im Schwarzmeer-Kurort Sotschi aufhielt, umgeben von einigen wenigen Vertrauten. Der russische Staatschef machte keine Anstalten, die Vorwürfe von Herrn Burns zu dementieren. Stattdessen trug er in aller Ruhe eine Liste von Beschwerden darüber vor, dass die USA jahrelang russische Sicherheitsbedenken ignoriert hätten.

Was die Ukraine betrifft, so sagte Putin zu Burns, sei sie kein richtiges Land.

Nach seiner Rückkehr nach Washington teilte der CIA-Chef US-Präsident Biden mit, dass Putin zwar noch keine unwiderrufliche Entscheidung getroffen habe, aber durchaus zu einer Invasion bereit sei.

Angesichts der starken Abhängigkeit der europäischen Staaten von russischer Energie, der Modernisierung des russischen Militärs, des Regierungswechsels in Deutschland und der zunehmenden Konzentration der USA auf das aufstrebende China deute alles darauf hin, dass Putin diesen Winter als seine beste Gelegenheit ansehe, die Ukraine unter die Kontrolle Moskaus zu bringen.

In den folgenden drei Monaten bemühte sich Washington, seine europäischen Verbündeten davon zu überzeugen, eine einheitliche Front zu bilden. Die USA selbst versuchten, zwei Ziele unter einen Hut zu bringen: Putin zur Vernunft zu bringen und gleichzeitig Maßnahmen zu vermeiden, die er als Provokation auffassen könnte, und die Ukraine zu bewaffnen, um eine Invasion so kostspielig wie möglich zu machen.

**Letztendlich gelang es dem Westen nicht, Putin von einer Invasion in der Ukraine abzuhalten, noch ihm zu versichern, dass die zunehmende Westorientierung der Ukraine keine Bedrohung für den Kreml darstellte.**

Dies war inzwischen zu einem bewährten Muster geworden. Fast zwei Jahrzehnte lang schwankten die USA und die Europäische Union in der Frage, wie sie mit dem russischen Staatschef umgehen sollten, der immer aggressivere Schritte unternahm, um Moskaus Herrschaft über die Ukraine und andere ehemalige Sowjetrepubliken zu festigen.

**Ein Rückblick auf die Geschichte der russisch-westlichen Spannungen, der auf Interviews mit mehr als 30 ehemaligen und aktuellen politischen Entscheidungsträgern in den USA, der EU, der Ukraine und Russland beruht, zeigt, wie die westliche Sicherheitspolitik Moskau verärgerte, ohne es abzuschrecken. Sie zeigt auch, wie Putin die Ukraine stets als existenziell für sein Projekt der Wiederherstellung russischer Größe betrachtete. Die größte Frage, die diese Geschichte aufwirft, ist, warum der Westen die Gefahr nicht früher erkannt hat.**

Washington, sowohl unter demokratischen als auch unter republikanischen

Präsidenten, und seine Verbündeten hofften zunächst, Putin in die Ordnung nach dem Kalten Krieg zu integrieren. Als Putin sich dagegen sträubte, hatten die USA und ihre europäischen Partner wenig Lust, zu der Strategie der Eindämmung zurückzukehren, die der Westen der Sowjetunion auferlegt hatte.

Deutschland, die größte europäische Volkswirtschaft, führte die große Wette der EU auf Frieden durch Handel an und entwickelte eine Abhängigkeit von russischem Öl und Gas, die Berlin nun unter internationalem Druck rückgängig machen muss.

Die NATO erklärte 2008, dass die Ukraine und Georgien eines Tages dem Bündnis beitreten würden, hat diese Ankündigung aber fast 14 Jahre lang nicht in die Tat umgesetzt.

Die EU hatte ein Handelsabkommen mit der Ukraine ausgearbeitet, ohne dabei Russlands harte Reaktionen zu berücksichtigen. Die Politik des Westens änderte sich nicht entscheidend als Reaktion auf die begrenzten russischen Invasionen in Georgien und der Ukraine. Dies ermutigte Putin zu der Annahme, dass ein umfassender Feldzug zur Eroberung der Ukraine nicht auf entschlossenen Widerstand stoßen würde – weder international noch in der Ukraine, einem Land, dessen Unabhängigkeit er wiederholt als bedauerlichen Unfall der Geschichte bezeichnete.

Die Wurzeln des Krieges liegen in der tiefen Ambivalenz Russlands bezüglich seiner Stellung in der Welt nach dem Ende der Sowjetunion. Das geschrumpfte Russland brauchte die Zusammenarbeit mit dem Westen, um seine Wirtschaft zu modernisieren, aber es konnte sich nie mit dem Verlust der Kontrolle über seine Nachbarn im Osten Europas abfinden.

Kein Nachbar war für Russlands Selbstverständnis so wichtig wie die Ukraine. Die Übernahme der Gebiete der heutigen Ukraine durch die Zaren im 17. und 18. Jahrhundert war entscheidend für Russlands Aufstieg zu einem großen europäischen Reich. Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg und erneut 1991, als die Ukrainer mit überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit stimmten, verlor das zusammenbrechende russische Imperium die Ukraine an Unabhängigkeitsbewegungen.

Nach den chaotischen 1990er Jahren beklagten sich die Sicherheitsdienst-Veteranen um Wladimir Putin, die die russische Regierung übernahmen, bitter über das, was sie als das Eindringen des Westens in Moskaus traditionelle

Einflussosphäre in Mittel- und Osteuropa ansahen. Eine Reihe neu demokratischer Länder, die zuvor Moskaus Satelliten oder ehemalige Sowjetrepubliken gewesen waren, traten der NATO und der EU bei, da sie in der Mitgliedschaft in beiden Institutionen die beste Garantie für ihre Souveränität gegenüber einem Wiederaufleben der russischen imperialen Ambitionen sahen.

Von außen betrachtet, hat die Osterweiterung der NATO die Sicherheit Russlands nicht bedroht. Die NATO-Mitgliedschaft ist im Kern ein Versprechen, ein Mitglied, das angegriffen wird, kollektiv zu verteidigen. Das Bündnis einigte sich 1997 darauf, in den neuen östlichen Mitgliedsstaaten keine nennenswerten Kampftruppen zu stationieren, die das russische Hoheitsgebiet bedrohen könnten. Russland behielt ein massives Atomwaffenarsenal und die größten konventionellen Streitkräfte in Europa.

Putin betrachtete die russischen Sicherheitsinteressen in einem breiteren Rahmen und verband die Wahrung des Moskauer Einflusses in den Nachbarländern mit seinen Zielen, Russlands Weltmacht wiederzubeleben und seine autoritäre Herrschaft im eigenen Land zu festigen.

Diese Verbindung wurde bei den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine 2004 deutlich. Putin ließ die USA im Voraus wissen, wer gewinnen sollte.

Als die nationale Sicherheitsberaterin des Weißen Hauses, Condoleezza Rice, Herrn Putin im Mai desselben Jahres in seiner Datscha außerhalb Moskaus besuchte, stellte der russische Staatschef ihr den ukrainischen Präsidentschaftskandidaten Viktor Janukowitsch vor. Frau Rice kam zu dem Schluss, dass Putin diese überraschende Begegnung arrangiert hatte, um sein großes Interesse am Ausgang der Wahlen zu signalisieren, wie sie sich in einem kürzlich geführten Interview erinnerte.

Janukowitschs anfänglicher Wahlsieg wurde durch Betrugsvorwürfe und Einschüchterung der Wähler getrübt und löste wochenlange Straßenproteste und Streiks aus, die als Orangene Revolution bezeichnet wurden. Der Oberste Gerichtshof der Ukraine ordnete eine Neuwahl an, die der pro-westliche Kandidat Viktor Juschtschenko gewann.

Der Kreml sah in der Orangenen Revolution eine von den USA geförderte Destabilisierung, die darauf abzielte, die Ukraine aus dem Einflussbereich Moskaus herauszulösen – und als Vorspiel für eine ähnliche Kampagne in Russland selbst.

Um die Bedenken Moskaus zu zerstreuen, erläuterte die Bush-Regierung die begrenzte finanzielle Unterstützung, die sie ukrainischen Medien und Nichtregierungsorganisationen im Namen der Förderung demokratischer Werte gewährt hatte. Sie belief sich auf insgesamt 14 Millionen Dollar. Das Weiße Haus vertrat die Auffassung, dass die bescheidene Summe zwar mit Bushs „Freiheitsagenda“ zur Förderung der Demokratie im Einklang stehe, aber kaum ausreiche, um den Lauf der Geschichte zu ändern.

Die Geste bestätigte nur den russischen Verdacht. „Sie waren beeindruckt von dem Ergebnis, das wir ihrer Meinung nach für 14 Millionen Dollar erzielt haben“, erinnerte sich Tom Graham, der leitende Direktor für Russland im Nationalen Sicherheitsrat von Präsident Bush.

**Drei Monate nach dem Sturz der ukrainischen Regierung durch einen pro-westlichen Präsidenten bezeichnete Putin den Zerfall der Sowjetunion als „die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts“.**

Im Jahr 2005 erfuhren die US-Geheimdienste, dass Putins Regierung eine umfassende Überprüfung der russischen Politik im „nahen Ausland“, wie der Kreml die ehemaligen Sowjetrepubliken bezeichnet, vorgenommen hatte. Von nun an würde Russland eine selbstbewusstere Haltung einnehmen und den wahrgenommenen Einfluss der USA energisch anfechten.

Auch ukrainische Beamte hörten die Botschaft. Als der Stabschef von Präsident Juschtschenko, Oleh Rybachuk, im November 2005 den Kreml besuchte, sprach er mit Putin über die Orangene Revolution. Herr Rybachuk beschrieb die Straßenproteste als eine einheimische Bewegung von Ukrainern, die ihren eigenen politischen Kurs wählen wollten.

Herr Putin wies diesen Begriff brüsk als Unsinn zurück. Er sagte, er habe alle Berichte seiner Geheimdienste gelesen und wisse, dass die Bewegung von den USA, der EU und George Soros orchestriert worden sei, erinnerte sich Rybachuk in einem Interview.

**Bei einem anderen Treffen fragte Bush Putin, warum er das Ende der Sowjetunion für die größte Tragödie des 20. Jahrhunderts halte. Der Tod von mehr als 20 Millionen Sowjetbürgern im Zweiten Weltkrieg sei sicherlich schlimmer gewesen, sagte Bush. Putin entgegnete, der Untergang der UdSSR sei schlimmer gewesen, weil 25 Millionen Russen**

**außerhalb der Russischen Föderation geblieben seien, so Frau Rice, die ebenfalls anwesend war.**

Putin zeigte seinen westeuropäischen Gesprächspartnern jedoch ein anderes Gesicht, indem er sie in dem Glauben bestärkte, er wolle, dass Russland Teil der großen europäischen Familie wird. Kurz nachdem er Präsident geworden war, begeisterte er das deutsche Parlament mit einer Rede, in der er versprach, eine starke russische Demokratie aufzubauen und mit dem Westen zusammenzuarbeiten. In fließendem Deutsch, das er während seiner Zeit als KGB-Offizier in der ehemaligen DDR perfektioniert hatte, erklärte er: **„Der Kalte Krieg ist vorbei.“**



**Er bezauberte Politiker und Wirtschaftsführer in ganz Europa und eröffnete Wege für lukrativen Handel. Die europäischen Staats- und Regierungschefs nannten Russland einen „strategischen Partner“. Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder und der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi gehörten zu denen, die ihn als engen Freund betrachteten.**

**Putin habe sich persönlich für gute Wirtschaftsbeziehungen eingesetzt, erinnerte sich der langjährige deutsche Diplomat Wolfgang Ischinger. Bei einem Treffen kam das Thema der bürokratischen Hindernisse für den deutschen Kauf von russischem Holz zur Sprache. Putin rief den zuständigen Minister an und löste die Angelegenheit innerhalb weniger Minuten.**

**„Putin sagte: ‚Gut, Problem gelöst - was kommt jetzt?‘, erinnerte sich Herr Ischinger.**

Die Wahrnehmung änderte sich im Januar 2007, als Putin seiner wachsenden Frustration über den Westen auf der jährlichen Münchner Sicherheitskonferenz Luft machte. In einer langen und eisigen Rede prangerte er die USA an, weil sie versuchten, eine unipolare Welt mit Gewalt zu beherrschen, warf der NATO vor, mit ihrer Expansion in den Osten Europas Versprechen zu brechen, und nannte den Westen heuchlerisch, weil er Russland über Demokratie belehre. Den Zuhörern unter den westlichen Diplomaten und Politikern im Luxushotel Bayerischer Hof lief es kalt den Rücken herunter, wie sich die Teilnehmer erinnern.

**„Wir haben die Rede nicht so ernst genommen, wie wir es hätten tun sollen“, sagte Herr Ischinger. „Zum Tango gehören immer zwei, und Herr Putin wollte nicht mehr tanzen.“**

Putins Auftreten gegenüber pro-westlichen Führern wurde aggressiver. Bei einem Treffen mit einem Staatschef aus dem Balkan während eines Energiegipfels in Kroatien wettete Putin gegen die NATO und bezeichnete die Abtrennung des Kosovo von Serbien als die größte Verletzung des Völkerrechts in der jüngeren Geschichte. Jahre später würde er den Kosovo als Präzedenzfall für die Abtrennung der Krim von der Ukraine anführen.

Wutentbrannt warf Putin mit seinen Vorwürfen um sich. Er schrie seinen Übersetzer mit Schimpfwörtern an, der Mühe hatte, mitzuhalten.

**„Der Raum wurde still. Es war unglaublich peinlich: Der Präsident der mächtigen Russischen Föderation schikanierte einen einfachen Dolmetscher, der versuchte, seine Arbeit zu machen“, sagte ein Teilnehmer.**

In der Ukraine kämpfte Präsident Juschtschenko darum, die Hoffnungen der Orangen Revolution zu erfüllen, dass das Land eine wohlhabende Demokratie

nach westlichem Vorbild werden könnte. Fragwürdige Politik, endemische Korruption und wirtschaftliche Stagnation ließen seine Popularität jedoch schwinden.

**Juschtschenko versuchte, den Platz der Ukraine im Westen zu verankern. Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2008 traf er mit der damaligen US-Außenministerin Rice zusammen und bat sie inständig, ihm den Weg zum NATO-Beitritt zu ebnen. Das Verfahren für den Beitritt zum Bündnis wurde als Membership Action Plan (MAP) bezeichnet.**

***„Ich brauche einen Fahrplan. Wir müssen dem ukrainischen Volk eine strategische Orientierung für den weiteren Weg geben. Wir brauchen das wirklich“***, sagte Juschtschenko, wie sich Frau Rice erinnerte.

Frau Rice, die zunächst unsicher war, ob die Ukraine in die NATO aufgenommen werden sollte, gab eine unverbindliche Antwort. Als der Antrag im Nationalen Sicherheitsrat erörtert wurde, sagte Bush, die NATO solle allen Ländern offenstehen, die sich qualifizieren und beitreten wollen.

Ein NATO-Gipfel wurde für April 2008 in Bukarest anberaumt, im riesigen Parlamentspalast, der für den ehemaligen kommunistischen Diktator Rumäniens, Nicolae Ceaușescu, gebaut worden war. Die Gipfeltreffen des Bündnisses werden in der Regel im Voraus gut geplant. So sehr sich das Weiße Haus auch bemühte, konnte es den deutschen und französischen Widerstand gegen das Angebot eines Fahrplans zum NATO-Beitritt für die Ukraine und Georgien nicht überwinden.

**Berlin und Paris verwiesen auf die ungelösten territorialen Konflikte in Georgien, die geringe öffentliche Unterstützung für die NATO in der Ukraine und die Schwäche von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in beiden Ländern.**

Frau Merkel erinnerte sich an Putins Rede in München und glaubte, dass er die Einladungen der NATO als direkte und bewusste Bedrohung für sich selbst ansehen würde, so Christoph Heusgen, ihr damaliger diplomatischer Chefberater. Sie war auch davon überzeugt, dass die Ukraine und Georgien der NATO als Mitglieder keine Vorteile bringen würden, so Heusgen.

**Merkel erklärte Putin im Voraus, dass die NATO die Ukraine und Georgien nicht zum Beitritt einladen würde, weil das Bündnis in dieser Frage**

**gespalten sei, aber der russische Führer blieb nervös, erinnerte sich Heusgen.**

Als der NATO-Gipfel näher rückte, hielt Bush eine Videokonferenz mit Frau Merkel ab, aber es wurde bald klar, dass vorher kein Konsens erzielt werden würde.

**„Sieht aus wie eine Schießerei am OK Corral“**, sagte Bush laut James Jeffrey, dem stellvertretenden nationalen Sicherheitsberater des Präsidenten zu dieser Zeit.

Frau Merkel war verwirrt über die amerikanische Anspielung und wandte sich an ihren Dolmetscher, der ihr gestand, dass auch er keine Ahnung hatte, was der US-Präsident meinte.

Bei einem Abendessen in Bukarest plädierte Bush dafür, der Ukraine und Georgien einen Fahrplan zum NATO-Beitritt zu geben – ohne Erfolg. Am nächsten Tag versuchten Frau Rice und der nationale Sicherheitsberater Stephen Hadley, einen Kompromiss mit ihren deutschen und französischen Amtskollegen zu finden.

Frau Rice, eine Expertin für die Sowjetunion und Russland, sagte, Putin wolle die Ukraine, Weißrussland und Georgien nutzen, um Russlands globale Macht wieder aufzubauen, und dass die Verlängerung des Schutzschildes der NATO-Mitgliedschaft die letzte Chance sein könnte, ihn aufzuhalten. Deutsche und französische Beamte waren skeptisch und glaubten, Russlands Wirtschaft sei zu schwach und von westlicher Technologie abhängig, um wieder zu einer ernsthaften Bedrohung zu werden.

**In der letzten Sitzung debattierte Frau Merkel in einer Ecke des Raumes mit führenden Vertretern Polens und anderer östlicher NATO-Mitglieder, die sich vehement für die Ukraine und Georgien einsetzten. Der litauische Präsident Valdas Adamkus kritisierte die Haltung von Frau Merkel scharf und warnte, dass ein Versäumnis, Russlands Wiedererstarken zu stoppen, schließlich die Ostflanke des Bündnisses bedrohen würde.**

Bush bat Frau Rice, sich an der lebhaften Diskussion zu beteiligen. Die einzige gemeinsame Sprache zwischen Frau Merkel, den osteuropäischen Staats- und Regierungschefs und Frau Rice war Russisch. Daher wurde eine Kompromisserklärung auf Russisch ausgehandelt und dann auf Englisch verfasst, sagte Frau Rice.

**„Wir sind heute übereingekommen, dass diese Länder Mitglieder der NATO werden“**, hieß es darin. Aber es wurde nicht gesagt, wann. Und es gab keinen Fahrplan.

**Viele der ukrainischen Befürworter waren ermutigt. Doch einige Beamte in Bukarest befürchteten das Schlimmste von beidem. Die NATO hatte der Ukraine und Georgien gerade eine Zielscheibe auf den Rücken gemalt, ohne ihnen irgendeinen Schutz zu gewähren.**



**„Tatsache ist, dass wir den Antrag der Ukraine abgelehnt haben, und ja, wir haben die Ukraine in einer Grauzone gelassen“**, sagte Radoslaw Sikorski, der damalige polnische Außenminister, in einem Interview.

Putin nahm am nächsten Tag an dem Gipfel teil. Er sprach hinter verschlossenen Türen und machte seine Verachtung für den Schritt der NATO deutlich, indem er die Ukraine als ein „erfundenes“ Land bezeichnete.

In öffentlichen Äußerungen an diesem Tag stellte er auch in Frage, ob die Krim während der Sowjetära ordnungsgemäß von Russland an die Ukraine übertragen worden war. Daniel Fried, der oberste Beamte des Außenministeriums für Europa, und Mariusz Handzlik, der damalige nationale Sicherheitsberater des polnischen Präsidenten, sprangen vor Schreck auf. Es war ein frühes Zeichen dafür, dass Putin

den Status quo nicht auf sich beruhen lassen würde.

Vier Monate später marschierte die russische Armee in Georgien ein und nutzte dabei einen Konflikt zwischen der georgischen Regierung und den von Russland unterstützten Separatisten aus. Russland nahm zwar nicht die georgische Hauptstadt Tiflis ein, zeigte aber, dass es keine Skrupel hatte, in Nachbarländern zu intervenieren, die der NATO beitreten wollten.

Putins Befürchtungen, dass eine Volksrevolution nach ukrainischem Vorbild Russland anstecken könnte, wurden durch eine Welle von Demonstrationen in russischen Städten im Jahr 2011 noch verstärkt, als Zehntausende auf die Straße gingen, um gegen den Mangel an Demokratie zu protestieren. „Für faire Wahlen“ war der Slogan der Demonstranten.

Putin glaubte, die Proteste seien ein von den USA unterstützter Versuch, ihn zu stürzen, sagte Ivan Krastev, ein bulgarischer Politikwissenschaftler, der später an einem Abendessen teilnahm, das Putin in Sotschi gab. Der russische Präsident erklärte seinen Gästen, die Menschen seien nicht spontan auf die Straße gegangen, sondern von der US-Botschaft angestachelt worden, so Krastev. **„Er glaubt das wirklich.“**

Der Kreml organisierte große Gegenkundgebungen, die als „Anti-Orange-Demonstrationen“ bezeichnet wurden.

Die sporadischen Pro-Demokratie-Proteste hielten trotz zunehmender Repressionen fast zwei Jahre lang an. Putin ging hart gegen Oppositionsparteien, freie Medien und Nichtregierungsorganisationen vor.

Die gleichzeitigen Proteste des Arabischen Frühlings, die mehrere autoritäre Herrscher im Nahen Osten stürzten, verstärkten Putins Furcht noch weiter, sagte Heusgen, der Berater von Frau Merkel.

**„Er wurde daraufhin zu einem glühenden Nationalisten“,** sagte Herr Heusgen. **„Seine große Sorge war, dass die Ukraine wirtschaftlich und politisch erfolgreich werden könnte und dass die Russen sich irgendwann fragen würden: ‚Warum geht es unseren Brüdern so gut, während unsere Lage so schlimm bleibt?‘** „

Die Ukraine stand wieder auf der Kippe.

Bei den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine im Jahr 2010 stürzte Juschtschenko auf 5 % der Stimmen ab. Janukowitsch gewann – dieses Mal zu Recht, wie internationale Beobachter feststellten – nachdem er sich im Wahlkampf für freundschaftliche Beziehungen zum Westen und zu Russland eingesetzt hatte. Er stellte fest, dass es schwierig war, beides zu haben.

Janukowitsch handelte ein Freihandelsabkommen mit der EU aus. Gleichzeitig wurde er jedoch von Putin unter Druck gesetzt, einer Zollunion mit Russland, Belarus und Kasachstan beizutreten. EU-Beamte erklärten, Kiew könne nicht beides tun, weil die Zollvorschriften miteinander kollidieren würden.

Die EU folgte ihrem Standard-Drehbuch für Handel und Staatsführung und verlangte, dass die Ukraine als Vorbedingung für ein Handelsabkommen ihr Justizwesen überarbeitet und die Rechtsstaatlichkeit verbessert. Russland setzte Peitsche und Zuckerbrot ein: Zu verschiedenen Zeitpunkten blockierte es Warenimporte aus der Ukraine, bot Kiew aber auch günstigere Gaspreise und einen Kredit in Höhe von 15 Milliarden Dollar an.

Im November 2013 setzte Kiew die Gespräche mit der EU unter Berufung auf russischen Druck abrupt aus. Putin bezeichnete den Entwurf des EU-Ukraine-Abkommens als **„große Bedrohung“** für die russische Wirtschaft.

Auf einem EU-Gipfel in Litauen verteidigte Janukowitsch die Aussetzung und forderte die EU auf, Moskau in eine Dreierverhandlung über das Abkommen einzubeziehen. Die Staats- und Regierungschefs der EU entgegneten, dass es nicht hinnehmbar sei, wenn eine dritte Partei die Souveränität anderer verletze.

**„Wir haben mehr erwartet“**, sagte Frau Merkel in einem von der Kamera aufgezeichneten Gespräch streng zu Janukowitsch.

**„Wir haben große Probleme mit Moskau“**, antwortete Janukowitsch. **„Ich bin seit 3½ Jahren unter sehr ungleichen Bedingungen mit Russland allein gelassen worden“**, sagte er.

In jenem Winter breiteten sich die Proteste gegen die Regierung in der gesamten Ukraine aus. Die größten fanden auf dem zentralen Kiewer Unabhängigkeitsplatz statt, der auch als Maidan bekannt ist. Für die Demonstranten war das EU-Assoziierungsabkommen mehr als nur ein Handelsabkommen: Es drückte die Hoffnung aus, die Ukraine in Richtung des demokratischeren und wohlhabenderen

Teils Europas umzuorientieren.

Es kam immer wieder zu Zusammenstößen mit der Bereitschaftspolizei. Im Februar 2014 tötete die Polizei an einem Tag Dutzende von Demonstranten, was zu Abspaltungen unter Janukowitschs politischen Verbündeten führte.

Am 21. Februar vermittelte eine Gruppe von EU-Außenministern eine Vereinbarung zwischen der ukrainischen Regierung und der parlamentarischen Opposition über die Teilung der Macht, um die Krise zu entschärfen. Doch die Menschenmenge auf dem Maidan buhte die Vereinbarung aus und forderte den Rücktritt von Janukowitsch. Die Bereitschaftspolizei zog sich aus dem Kiewer Stadtzentrum zurück, als sie spürte, dass ihr die Macht und die politische Deckung entglitt.

Der angeschlagene Janukowitsch saß in seinem Büro mit Generaloberst Sergej Beseda vom russischen Geheimdienst FSB, dem Nachfolger des KGB, zusammen, der von Putin entsandt worden war, um bei der Niederschlagung des Aufstands zu helfen. General Beseda teilte Janukowitsch mit, dass bewaffnete Demonstranten planten, ihn und seine Familie zu töten, und dass er die Armee einsetzen und sie niederschlagen sollte, so ukrainische Geheimdienstmitarbeiter, die mit dem Gespräch vertraut waren.

Stattdessen floh Janukowitsch bald darauf in einem Hubschrauber aus Kiew.

Der Kreml sah in der Wende der Ereignisse einen Putsch von US-Marionetten und antirussischen Nationalisten. Um diese Ansicht zu untermauern, zitierten Kreml-Propagandisten ein Video, auf dem zwei US-Diplomaten zu sehen sind, die nach nächtlichen Zusammenstößen auf dem Maidan Kekse an Demonstranten und Polizisten verteilen. Später ließ der russische Geheimdienst ein aufgezeichnetes Telefongespräch durchsickern, in dem dieselben beiden US-Beamten darüber diskutierten, wer der nächsten ukrainischen Regierung angehören sollte.

Putin hielt eine nächtliche Sitzung mit seinen Sicherheitschefs ab, in der sie die Auslieferung von Janukowitsch an Russland diskutierten – und auch die Annexion der Krim, wie der russische Staatschef später berichtete. Janukowitsch, von dem man annimmt, dass er im Exil lebte, war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Innerhalb weniger Tage besetzten russische Truppen ohne Insignien die Halbinsel Krim, die Moskau in den 1990er Jahren in drei Verträgen als ukrainisches Gebiet

anerkannt hatte. Das Regionalparlament der Krim stimmte in einer mit Waffengewalt abgehaltenen Sitzung für die Abspaltung von der Ukraine.

Russland schürte und bewaffnete auch einen separatistischen Aufstand in der östlichen Donbass-Region, dem industriellen Kernland der Ukraine. Als die ukrainischen Streitkräfte im Sommer einen Großteil des von den Rebellen gehaltenen Gebiets zurückeroberten, griffen russische reguläre Truppen ein und fügten der schlecht ausgerüsteten ukrainischen Armee eine blutige Niederlage zu.

**Putins militärische Machtdemonstration ging politisch nach hinten los. Er hatte die Kontrolle über die Krim und einen Teil des Donbass gewonnen, aber er verlor die Ukraine.**

Das Land war lange Zeit entlang regionaler, sprachlicher und generationeller Grenzen tief gespalten. Während junge, gebildete Menschen in der Westukraine von Europa träumten, sprachen ältere Menschen und Arbeiter in den östlichen Regionen eher Russisch als Muttersprache und sahen Russland als den natürlichen Partner des Landes an.

Diese Spaltungen traten während der erbittert geführten Wahlen in der Ukraine und während der Orangen und der Maidan-Revolution zutage. Nach 2014 haben sie sich jedoch wieder aufgelöst. Viele russischsprachige Ukrainer flohen vor der Unterdrückung und dem wirtschaftlichen Zusammenbruch im von Separatisten kontrollierten Donbass. Selbst die Ostukraine fürchtete den russischen Einfluss. Putin tat das, was ukrainischen Politikern schwergefallen war: eine Nation zu vereinen.

Moskau versuchte, sein politisches Gewicht in der Ukraine durch die so genannten Minsker Vereinbarungen wiederzugewinnen: brüchige, von Deutschland und Frankreich vermittelte Waffenstillstandsabkommen, mit denen die Kämpfe im Donbass beendet werden sollten. Die Vereinbarungen versprachen eine lokale Selbstverwaltung für die von den Separatisten gehaltenen Bezirke des Donbass im Rahmen einer dezentralisierten Ukraine.

Die neue ukrainische Regierung unter dem im Mai 2014 gewählten Präsidenten Petro Poroschenko, die die Minsker Vereinbarungen unter Zwang unterzeichnete, befürchtete, Moskau wolle innerhalb der Ukraine prorussische Staatsgebilde zementieren, die die Unabhängigkeit des Landes einschränken würden. Moskau wiederum warf Kiew vor, die Vereinbarungen nicht einzuhalten. Bis zu diesem Jahr

tobte im Donbass ein Krieg auf niedrigem Niveau, der mehr als 13.000 Menschenleben forderte.

Putin habe nie versucht, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, sagte der deutsche Kanzleramtsberater Heusgen, weil ihre vollständige Umsetzung den Konflikt gelöst und der Ukraine ermöglicht hätte, weiterzumachen.

**Frau Merkel übernahm die Führung bei den westlichen Bemühungen, Putin von seinem Kurs abzubringen. Putin log ihr häufig ins Gesicht, wenn es um die Aktivitäten der russischen Truppen auf der Krim und im Donbass ging, so Berater der Kanzlerin.**

**Bei einem Gespräch im Hilton Hotel im australischen Brisbane während eines G-20-Gipfels Ende 2014 wurde Frau Merkel klar, dass Putin in einen Geisteszustand geraten war, der eine Versöhnung mit dem Westen niemals zulassen würde, so ein ehemaliger Berater.**

**Bei dem Gespräch ging es um die Ukraine, aber Putin begann eine Tirade gegen die Dekadenz der Demokratien, deren Werteverfall seiner Meinung nach durch die Verbreitung der „Schwulenkultur“ veranschaulicht werde.**

**Der Russe warnte Frau Merkel eindringlich davor, dass die Schwulenkultur die deutsche Jugend korrumpiere. Russlands Werte seien überlegen und stünden der westlichen Dekadenz diametral entgegen, sagte er.**

Er äußerte seine Verachtung für Politiker, die sich der öffentlichen Meinung unterwerfen. Westliche Politiker seien nicht in der Lage, starke Führungspersönlichkeiten zu sein, weil sie durch den Druck von Wahlen und aggressiven Medien behindert würden, sagte er zu Frau Merkel.

Obwohl Frau Merkel wenig Illusionen in Bezug auf Herrn Putin hat, unterstützte sie weiterhin die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland. Unter ihrer Führung wurde Deutschland immer abhängiger von russischem Öl und Gas und baute umstrittene Gaspipelines von Russland aus, die die Ukraine und den Osten Europas umgingen. Frau Merkels Politik spiegelte den Konsens in Berlin wider, dass ein für beide Seiten vorteilhafter Handel mit der EU die geopolitischen Ambitionen Russlands zähmen würde.

**Die USA und einige NATO-Verbündete begannen unterdessen ein mehrjähriges Programm zur Ausbildung und Ausrüstung der ukrainischen Streitkräfte, die sich im Donbass als den russischen Streitkräften nicht gewachsen erwiesen hatten.**

Der Umfang der militärischen Unterstützung war begrenzt, da die Obama-Regierung davon ausging, dass Russland einen erheblichen militärischen Vorteil gegenüber der Ukraine behalten würde, und sie Moskau nicht provozieren wollte.

Präsident Trump weitete die Hilfe auf Javelin-Panzerabwehrraketen aus, verzögerte sie aber 2019, während er den neuen ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Zelenskij dazu drängte, nach Informationen zu suchen, die das Weiße Haus gegen den demokratischen Präsidentschaftskandidaten Joe Biden und dessen Sohn zu verwenden hoffte – eine Tat, für die er angeklagt wurde.

Russland versuchte seinerseits, die Militärhilfe der USA zu beenden, indem es einen geopolitischen Tausch andeutete. Im März 2019 landeten zwei russische Flugzeuge in Caracas, Venezuela, und brachten militärische „Spezialisten“ zur Unterstützung des venezolanischen Machthabers Nicolas Maduro. Russische Kommentatoren, die dem Kreml nahestehen, äußerten die Idee, die russische Unterstützung für Venezuela gegen die amerikanische Unterstützung für die Ukraine einzutauschen.

Fiona Hill, die ranghöchste NSC-Beamtin für Russland, flog im darauffolgenden Monat nach Moskau, wo sie Beamten des Außenministeriums und der nationalen Sicherheit mitteilte, dass es keinen Tausch geben würde, erinnerte sich Hill kürzlich in einem Interview.

Zelensky, ein ehemaliger Komiker und politischer Außenseiter, hatte 2019 einen erdrutschartigen Wahlsieg errungen, weil er versprach, mit der Korruption aufzuräumen und den Krieg im Donbass zu beenden. Doch bei ihrem ersten und bisher einzigen Treffen, einem Gipfel im Dezember 2019 in Paris, bei dem der französische Präsident Emmanuel Macron und Frau Merkel versuchten, die festgefahrene Situation bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu überwinden, zog er Putins Verachtung auf sich.

Herr Zelensky wies die russische Interpretation der Vereinbarungen unverblümt zurück, erinnerte sich ein hochrangiger französischer Beamter, der anwesend war. **„Die Russen waren wütend“**, sagte der Beamte. Schließlich einigten sich die

Herrn Putin und Zelensky auf einen neuen Waffenstillstand und den Austausch von Gefangenen. Viele Anwesende glaubten, dass der russische Staatschef seinen neuen ukrainischen Amtskollegen verabscheute, so der Beamte.

Macron bemühte sich um eine Annäherung an Putin und schlug sogar vor, dass er für Europa ein Partner im Umgang mit China sein könnte. Er lud Putin in den Palast von Versailles und in seine Sommerresidenz in der Festung Brégançon an der französischen Riviera ein. Nach Angaben französischer Beamter waren ihre Gespräche meist herzlich und geschäftsmäßig.

**In Telefongesprächen ab 2020 bemerkte Macron jedoch Veränderungen bei Putin. Der russische Staatschef isolierte sich während der Covid-19-Pandemie rigoros und verlangte sogar von engen Mitarbeitern, sich in Quarantäne zu begeben, bevor sie ihn treffen konnten.**

Der Mann, mit dem Macron telefonierte, war anders als der, den er in Paris und an der Riviera empfangen hatte. **„Er neigte dazu, im Kreis zu reden und die Geschichte umzuschreiben“**, erinnerte sich ein Berater von Herrn Macron.

Anfang 2021 war Biden der jüngste US-Präsident, der seine Außenpolitik auf den strategischen Wettbewerb mit China konzentrieren wollte, um sich dann in andere Ereignisse zu verstricken.

Die USA sahen Europa nicht mehr als primären Schwerpunkt. Biden wollte weder einen „Reset“ der Beziehungen zu Putin, wie Präsident Obama 2009 erklärt hatte, noch die Macht Russlands zurückdrängen. Der NSC nannte als Ziel eine **„stabile, berechenbare Beziehung“**. Ein bescheidenes Ziel, das schon bald durch Putins Versuch, das Ende des Kalten Krieges neu zu schreiben, auf die Probe gestellt werden würde.

Im Rahmen einer Frühjahrs-Militärübung hatte Russland Zehntausende von Truppen an der Ostgrenze der Ukraine in Stellung gebracht. In der Zwischenzeit ging Kiew gegen Putins ukrainischen Freund und Verbündeten, den Politiker und Oligarchen Viktor Medwedtschuk, hart vor, schloss seinen Fernsehsender und stellte ihn wegen angeblichen Verrats unter Hausarrest.

Im April erwog das Weiße Haus ein Waffenpaket im Wert von 60 Millionen Dollar für die Ukraine. Nachdem Russland jedoch seine Militärübung beendet hatte, verschob die Regierung die Entscheidung, um einen positiven Ton für ein Gipfeltreffen

zwischen Biden und Putin im Juni in Genf zu setzen.

**Als Zelensky im September mit Biden in Washington zusammentraf, kündigten die USA schließlich die militärische Unterstützung in Höhe von 60 Millionen Dollar an, die Javelins, Kleinwaffen und Munition umfasste. Die Hilfe entsprach der bescheidenen Unterstützung, die die Regierungen Obama und Trump im Laufe der Jahre geleistet hatten und die die Ukraine mit tödlichen Waffen versorgte, aber keine Luftabwehr, Schiffsabwehrraketen, Panzer, Kampfflugzeuge oder Drohnen umfasste, die Angriffe ausführen könnten.**

Bald darauf erfuhren die US-Geheimdienste, dass Russland eine militärische Mobilisierung rund um die Ukraine plante, die weitaus größer war als die Übung im Frühjahr.

Beamte der nationalen Sicherheitsbehörden der USA erörterten die streng geheimen Informationen bei einem Treffen im Weißen Haus am 27. Oktober 2021. Die Direktorin des Nationalen Nachrichtendienstes, Avril Haines, warnte, dass die russischen Streitkräfte bis Ende Januar 2022 zum Angriff bereit sein könnten.

**Der nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan stellte mehrere Fragen, u. a. warum Russland zu diesem Zeitpunkt eine solche militärische Aktion durchführen würde, was die USA tun könnten, um die Ukraine zu stärken, und wie die USA versuchen könnten, Putin davon abzubringen. Die Versammlung beschloss, Mr. Burns auf seine Mission nach Moskau zu schicken.**

**Am 17. November forderte der ukrainische Verteidigungsminister Oleksii Reznikov bei einem Treffen im Pentagon die USA auf, Luftabwehrsysteme sowie zusätzliche Panzerabwehrwaffen und Munition zu schicken, obwohl er der Meinung war, dass die ersten russischen Angriffe begrenzt sein könnten.**

**General Mark Milley, der Vorsitzende der Generalstabschefs, erklärte Reznikov, dass der Ukraine eine massive Invasion bevorstehen könnte.**

Im selben Monat begannen die Arbeiten an einem neuen Militärhilfepaket in Höhe von 200 Millionen Dollar aus US-Beständen. Das Weiße Haus zögerte jedoch zunächst, es zu genehmigen, was einige Gesetzgeber verärgerte. Beamte der

Regierung rechneten damit, dass die Waffenlieferungen nicht ausreichen würden, um Putin von einer Invasion abzuhalten, wenn er bereits fest entschlossen war, und ihn sogar zu einem Angriff provozieren könnten.

Der vorsichtige Ansatz des Weißen Hauses entsprach den Überlegungen von Verteidigungsminister Lloyd Austin. Er befürwortete ein unauffälliges, schrittweises Vorgehen bei der Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte und der Verstärkung der NATO-Verteidigung, die entsprechend den Hinweisen der US-Geheimdienste auf die Angriffsabsichten Russlands verstärkt werden sollte.

**Ein vorrangiges Ziel war die Vermeidung eines direkten Zusammenstoßes zwischen den amerikanischen und den russischen Streitkräften - was Herr Austin als seinen „Nordstern“ bezeichnete.**

**Die Bemühungen, Putin davon abzubringen, eine Invasion anzuordnen, gerieten jedoch ins Stocken. Als Karen Donfried, die oberste Beamtin des Außenministeriums für Europa und Russland, Mitte Dezember Moskau besuchte, übergab ihr der stellvertretende russische Außenminister Sergej Rjabkow zwei fertig ausgearbeitete Verträge: einen mit den USA und einen mit der NATO.**

**In den vorgeschlagenen Verträgen wurde eine umfassende Überarbeitung der europäischen Sicherheitsvereinbarungen nach dem Kalten Krieg gefordert. Die NATO würde alle nicht ortsgebundenen Streitkräfte aus ihren osteuropäischen Mitgliedern abziehen, und das Bündnis würde seine Türen zu den ehemaligen Sowjetrepubliken schließen.**

In einem großen Konferenzraum des russischen Außenministeriums befragte Frau Donfried Herrn Rjabkow und zahlreiche andere anwesende russische Beamte zu diesen Vorschlägen. Sie erhielt nur spärliche Antworten und verließ den Raum in der Überzeugung, dass die Forderungen auf höchster Ebene ausgearbeitet worden waren. Die Vertragsentwürfe wurden bald darauf auf einer Website der russischen Regierung veröffentlicht, was die Befürchtung der USA noch verstärkte, dass die Forderungen eine diplomatische Tarnung für eine bereits getroffene militärische Entscheidung seien.

**Am 27. Dezember 2021 gab Biden grünes Licht für die Entsendung weiterer Militärhilfe für die Ukraine, darunter Javelin-Panzerabwehrraketen, Mörser, Granatwerfer, Kleinwaffen und Munition.**

Drei Tage später telefonierte Biden mit Putin und erklärte, die USA hätten nicht vor, Angriffsraketen in der Ukraine zu stationieren, und forderte Russland zur Deeskalation auf. Die beiden Politiker waren auf unterschiedlichen Wellenlängen. Herr Biden sprach über vertrauensbildende Maßnahmen. Putin sprach davon, den Westen effektiv zurückzudrängen.

**Am 9. Januar, als die Hinweise der US-Geheimdienste immer deutlicher auf eine vollständige Invasion der Ukraine hindeuteten, traf die stellvertretende Außenministerin Wendy Sherman Herrn Rjabkow und einen russischen General zum Abendessen in Genf. Frau Sherman brachte Generalleutnant James Mingus mit, den leitenden Operationsoffizier im Gemeinsamen Stab des Pentagon, von dem sie hoffte, dass er die Russen dazu bewegen würde, ihren Invasionsplan zweimal zu überdenken.**

General Mingus hatte im Irak und in Afghanistan gekämpft, war verwundet worden und hatte ein Purple Heart erhalten, und er sprach offen über die Herausforderungen, denen sich die russischen Streitkräfte gegenübersehen würden. In ein Gebiet einzumarschieren sei eine Sache, es zu halten eine andere, und die Intervention könne sich zu einem jahrelangen Sumpf entwickeln, sagte er. Die Russen zeigten keine Reaktion.

**Nicht alle Verbündeten der USA glaubten der geheimdienstlichen Einschätzung. Alle konnten erkennen, dass Russland auf drei Seiten der Ukraine eine massive Streitmacht aufstellte. Den meisten europäischen Verbündeten fiel es jedoch schwer zu glauben, dass Putin wirklich einmarschieren würde.**

**Mitte Januar reiste Mr. Burns heimlich nach Kiew, um Mr. Zelensky zu treffen. Die USA verfügten nun über noch mehr Informationen über den russischen Angriffsplan, darunter auch, dass er einen schnellen Angriff auf Kiew von Weißrussland aus vorsah. Der CIA-Direktor lieferte eine wichtige Information, die der Ukraine in den ersten Tagen des Krieges sehr half: Er warnte davor, dass die russischen Streitkräfte planten, den Antonow-Flughafen in Hostomel in der Nähe der ukrainischen Hauptstadt einzunehmen und von dort aus Truppen einzufliegen, um Kiew einzunehmen und die Regierung zu entmachten.**

Die europäischen Staats- und Regierungschefs versuchten in letzter Minute, Putin

umzustimmen. Macron besuchte den Kreml am 7. Februar, wo er am anderen Ende eines 20 Fuß langen Tisches neben dem sozial isolierten russischen Diktator sitzen musste.

Nach Angaben französischer Beamter war es für Macron noch schwieriger, mit Putin zu sprechen als zuvor. Das sechstündige Gespräch drehte sich im Kreis, als Putin lange Vorträge über die historische Einheit Russlands und der Ukraine und die Heuchelei des Westens hielt, während der französische Präsident versuchte, das Gespräch auf die Gegenwart und die Frage zu lenken, wie ein Krieg vermieden werden könne.

**Dem neuen deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz, der erst im Dezember die Nachfolge von Frau Merkel angetreten hatte, erging es am 15. Februar am langen Tisch von Herrn Putin nicht besser.**

**Putin eröffnete das Treffen mit einer eindringlichen Litanei von Beschwerden über die NATO und listete akribisch Waffensysteme auf, die in Bündnisländern in der Nähe Russlands stationiert sind.**

Dann sprach Putin über seine Forschungen zur russischen Geschichte, die ein Jahrtausend zurückreichen und über die er im letzten Sommer einen längeren Aufsatz geschrieben hatte.

**Er erklärte Herrn Scholz, dass Russen, Ukrainer und Weißrussen ein Volk seien, mit einer gemeinsamen Sprache und einer gemeinsamen Identität, die nur durch willkürliche politische Eingriffe in der jüngeren Geschichte geteilt worden sei.**

**Scholz vertrat die Ansicht, dass die internationale Ordnung auf der Anerkennung bestehender Grenzen beruhe, unabhängig davon, wie und wann sie geschaffen worden seien. Der Westen werde niemals akzeptieren, dass die bestehenden Grenzen in Europa aufgeweicht werden, warnte er. Die Sanktionen würden schnell und hart ausfallen, und die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland würde beendet. Der öffentliche Druck auf die europäischen Staats- und Regierungschefs, alle Verbindungen zu Russland abubrechen, werde immens sein, sagte er.**

**Putin wiederholte dann seine Verachtung für schwache westliche Führer,**

**die für öffentlichen Druck empfänglich seien.**

**Der deutsche Bundeskanzler kehrte weitaus besorgter nach Berlin zurück, als er es verlassen hatte.**

**Scholz unternahm einen letzten Versuch, eine Einigung zwischen Moskau und Kiew herbeizuführen. Er sagte Herrn Zelensky am 19. Februar in München, dass die Ukraine auf ihre NATO-Bestrebungen verzichten und als Teil eines umfassenderen europäischen Sicherheitsabkommens zwischen dem Westen und Russland ihre Neutralität erklären sollte. Der Pakt würde von Putin und Biden unterzeichnet werden, die gemeinsam die Sicherheit der Ukraine garantieren würden.**

Herr Zelensky sagte, dass man Putin nicht vertrauen könne, dass er ein solches Abkommen einhalten würde, und dass die meisten Ukrainer der NATO beitreten wollten. Seine Antwort ließ deutsche Beamte mit der Sorge zurück, dass die Aussichten auf Frieden schwinden würden. Berater von Herrn Scholz glaubten, dass Putin seinen militärischen Druck auf die ukrainischen Grenzen aufrechterhalten würde, um die ukrainische Wirtschaft zu strangulieren und dann schließlich das Land zu besetzen.

Die Staats- und Regierungschefs der USA und Europas hielten eine Videokonferenz ab. **„Ich glaube, der letzte Mensch, der noch etwas tun kann, sind Sie, Joe. Sind Sie bereit, Putin zu treffen?“** sagte Herr Macron zu Herrn Biden. Der US-Präsident stimmte zu und bat Macron, die Nachricht an Putin weiterzuleiten.

Macron verbrachte die Nacht des 20. Februar abwechselnd am Telefon mit Putin und Biden.

Um 3 Uhr morgens Moskauer Zeit sprach der Franzose immer noch mit Putin und verhandelte über den Wortlaut einer Pressemitteilung, in der der Plan für einen amerikanisch-russischen Gipfel angekündigt wurde.

Doch am nächsten Tag rief Putin Herrn Macron zurück. Der Gipfel wurde abgesagt.

**Putin erklärte, er habe beschlossen, die Unabhängigkeit der separatistischen Enklaven in der Ostukraine anzuerkennen. Er sagte, Faschisten hätten die Macht in Kiew übernommen, während die NATO nicht auf seine Sicherheitsbedenken eingegangen sei und die**

**Stationierung von Atomraketen in der Ukraine plane.**

***„Wir werden uns eine Zeit lang nicht sehen, aber ich schätze die Offenheit unserer Gespräche sehr“, sagte Putin zu Macron. „Ich hoffe, wir können eines Tages wieder miteinander sprechen.“***

[Der englischsprachige Original-Beitrag ist hier erschienen.](#)